

Fortbildung

Symposium für Zahnärzte, Ärzte und Patienten:
Rauchen schadet nicht nur der Schönheit

33

Gesundheitspolitik

Analyse zum GKV-„Verschiebebahnhof“:
Politisch hausgemachter Finanzdruck

35

Kommunikation



Telefonaktionen - ein bürgerfreundlicher Informationsservice:
Kommunikation pur, die ankommt ...

Dr. Klaus-Peter Rieger,
Dr. Thomas Putzker, Dr. Klaus Vohrer (v.l.)

36

LAGZ

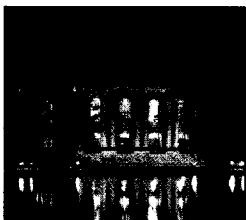


Mitgliederversammlung:
Die Zahngesundheit der baden-württembergischen Kids fest im Visier

Dr. Manfred Jooß

38

Kultur



Ensemblegeist und hochkarätiges Repertoire:
Staatsoper Stuttgart erneut zum Opernhaus des Jahres gewählt

46

Baden-Württembergische Versorgungsanstalt



Beilage Aktuell 1/2003
**Punktwert/
Besteuerung der Renten**

Editorial	3	Termine	49
Für die Praxis	40	Produkt-	
Leserforum	43	informationen	52
Recht	44	Personalia	53
Namen und Nachrichten	47	Buchtipps	56
Amtliche Mitteilungen	48	Impressum	56

... nach Redaktionsschluss

... sitzt Ministerin für Gesundheit und Soziales, Ulla Schmidt, zwischen allen Stühlen. Der rheinischen Frohnatur ist das Lachen vergangen. Denn sowohl die neu eingerichtete Kommission, im Volksmund Rürup-Kommission genannt, lässt sich ebenso wenig wie die Heilberufe den Mund verbieten. So hat sich der Chef der Rürup-Kommission, Bert Rürup, „gegen inhaltliche Vorgaben durch die Ministerin verwahrt.“

... hat Dr. Christof E. Palmer, Minister des Staatsministeriums, den Präsidenten der Landes Zahnärztekammer und Landesärztekammer in einem Brief mitgeteilt, dass die „von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesentwürfe [...] nach Auffassung der Landesregierung von Baden-Württemberg in keiner Weise geeignet [sind] die desolatte Finanzlage in der gesetzlichen Krankenversicherung zu verbessern. Stattdessen werden ineffiziente Verwaltungsstrukturen dort, wo sie vorherrschen, gefördert, die Lohnnebenkosten [...] weiter in die Höhe getrieben, der Wirtschaftsstandort Deutschland [...] weiter geschwächt und es besteht die Gefahr, dass mit den nur kurz greifenden Maßnahmen im Gesundheitsbereich nachhaltige Verschlechterungen in der Versorgung der Versicherten auftreten [...]. Die vorgesehene Nullrunde für niedergelassene Ärzte und Zahnärzte stellt eine gesetzlich verordnete Schwäche der Finanzkraft des ambulanten Bereichs dar, die die Landesregierung von Baden-Württemberg nicht mittragen wird. Die Bundesregierung verkennt einmal mehr, dass sich Gesundheit nicht budgetieren lässt. [...] Die Landesregierung von Baden-Württemberg wird den Gesetzentwürfen daher im Bundesrat entgegentreten.“ HC